

Jahresbericht 2024

I. Inhaltliche Schwerpunkte der CorA-Arbeit 2024

- Lieferkettengesetz (LkSG) und EU-Richtlinie (CSDDD) verteidigen
- Umsetzung des Lieferkettengesetzes (LkSG)
- Transparenzpflichten
- UN-Treaty-Prozess
- Branchendialoge und Multistakeholder-Initiativen (MSI)
- Außenwirtschaftsförderung und öffentliche Beschaffung
- Bundestagswahlen

II. Organisatorisches

- Strategie- und Schwerpunktprozess
- Mitglieder und Vernetzung
- Interne Organisation und Kommunikation
- Finanzen

III. Einzelaufstellung von Aktivitäten

- Arbeitstreffen
- Öffentliche Veranstaltungen und Aktionen
- Publikationen / Stellungnahmen / Pressemitteilungen

20. Oktober 2025

I. Inhaltliche Schwerpunkte der CorA-Arbeit 2024

1) Lieferkettengesetz (LkSG) und EU-Richtlinie (CSDDD) verteidigen

Ende 2023 hatten sich die Vertreter*innen von Europäischer Kommission, Parlament und Rat auf einen Kompromiss bei der Lieferketten-Richtlinie (CSDDD) geeinigt. Üblicherweise wäre dem 2024 nur noch die formale Annahme durch die Gremien gefolgt. Doch die FDP verweigerte die Zustimmung, obwohl das liberal geführte Bundesjustizministerium die ganze Zeit mitverhandelt hatte und insbesondere die vorgesehene zivilrechtliche Haftung stark am deutschen Recht ausgerichtet war. Dies führte zu Nachverhandlungen, in denen die Zahl der erfassten Unternehmen deutlich verringert wurde. Dennoch verweigerte die FDP weiter die Zustimmung, was zu einer Enthaltung Deutschlands bei der entscheidenden Abstimmung führte. Trotzdem erreichte die CSDDD die erforderliche Mehrheit und die EU-Mitgliedstaaten erhielten zwei Jahre Zeit, sie in nationales Recht umzusetzen. Für Deutschland bedeutete das eine Anpassung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG), indem u. a. mehr Umweltschutzgüter, die Pflicht zu Erstellung von Klimaplänen und eine zivilrechtliche Haftung eingeführt werden mussten. Die Initiative Lieferkettengesetz bewertete den CSDDD-Beschluss in einer [Kurzanalyse](#).

Doch größere Wirtschaftsverbände lancierten ihren Widerstand gegen die CSDDD und brandmarkten das Lieferkettengesetz als überbordende Bürokratie, was von CDU/CSU und FDP aufgegriffen wurde. Auch Wirtschaftsminister Habeck und Kanzler Scholz äußerten sich wiederholt missverständlich und gegen ihre jeweilige Parteilinie. Die Initiative Lieferkettengesetz trat dem mit zahlreichen [Pressemitteilungen](#), Veröffentlichungen, Social-Media- und Advocacy-Arbeit entgegen. Zudem beschloss die Initiative, anders als ursprünglich geplant, die Initiative nicht zum 30.6.2024 zu beenden, sondern unter dem Dach von CorA fortzuführen. Das CorA-Netzwerk passte hierfür einige Strukturen an und schuf eine zusätzliche Kommunikationsstelle, die gemeinsam mit der CorA-Koordinatorin auch als Ansprechpartnerin für die Initiative Lieferkettengesetz fungiert.

2) Umsetzung des Lieferkettengesetzes (LkSG)

Mit dem 1.1.2024 stieg die Zahl der vom Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) verpflichteten Unternehmen auf alle ab 1.000 Mitarbeitende. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich mit der Umsetzung des LkSG in den Unternehmen und der Kontrollbehörde beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) befassen, koordinierten sich weiterhin im CorA-Netzwerk. Aus dem Kreis der CorA-Trägerorganisationen wurden sowohl die Fortschritte bzgl. laufender Beschwerden diskutiert als auch neue Beschwerden beim BAFA eingereicht, z. B. zum [Kupferbezug von Aurubis aus Guatemala und Panama](#). In Bezug auf die Verfahrensordnung wurde ein wesentlicher Fortschritt festgestellt, indem das BAFA die Zweiteilung des Verfahrens aufhob und bereit ist, die Beschwerdeführenden am gesamten Verfahren bis zum abschließenden Bescheid gegenüber dem Unternehmen zu beteiligen.

Darüber hinaus wurden Querschnittsfragen diskutiert, z. B. zur Angemessenheit von Sorgfaltsmaßnahmen und welche Möglichkeiten es geben könnte, das LkSG auch bei Intransparenz der Lieferkette zu nutzen. Zudem wurden Gespräche mit dem BAFA und verschiedenen Bundesministerien über die LkSG-Umsetzung geführt, u.a. bei einer Diskussionsrunde zum Informationsfluss für die LkSG-Umsetzung, die Positionierung der zivilgesellschaftlichen Vertreterin im Beirat des BAFA koordiniert und der Jahresbericht sowie Handreichungen des BAFA kommentiert, z. B. zum Finanzsektor, die aus zivilgesellschaftlicher Sicht als unzureichend bewertet werden muss, und zu Standards und Zertifizierungen. Zu letzterem Thema hatten CorA und die Initiative Lieferkettengesetz in Zusammenarbeit mit VENRO und dem Forum Menschenrechte Anfang des Jahres das ausführliche Positionspapier **Standards und Zertifizierungen: Anforderungen im Rahmen gesetzlicher Sorgfaltspflichten aus zivilgesellschaftlicher Sicht** veröffentlicht.

3) Transparenzpflichten

Bereits 2022 hatte die EU eine Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD) beschlossen. Diese hätte bis zum Sommer 2024 in deutsches Recht umgesetzt werden müssen. Die Bundesregierung veröffentlichte dazu einen Referentenentwurf und CorA nahm mit einer **Stellungnahme** an der anschließenden Verbändeanhörung teil. CorA betonte dabei insbesondere, dass die Regeln des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes nicht aufgeweicht werden dürfen, auch unabhängige Bestätigungsdienstleister für die Berichtsprüfung zugelassen werden müssen, Förderbanken vollumfänglich erfasst werden und ein unabhängiger nationaler Standardsetzer geschaffen werden müsse. Zu letzterem Thema hatte CorA schon zuvor einen **Offenen Briefs an das Bundesjustizministerium** mitgezeichnet. Letztendlich versäumte die Bundesregierung allerdings die Umsetzungsfrist für die Richtlinie. Aufgrund des Ampel-Aus geschah das nicht mehr innerhalb der Legislaturperiode. Zugleich kündigte das BAFA an, Versäumnisse von Unternehmen bei ihren LkSG-Berichten nicht zu sanktionieren. CorA hob demgegenüber immer wieder die Bedeutung von Berichtspflichten für die Erfüllung der Sorgfaltspflichten hervor.

4) UN-Treaty-Prozess

Die Treaty Alliance Deutschland (TA-D) war 2024 fester Bestandteil des CorA-Netzwerks. Sie informierte regelmäßig über Entwicklungen im UN-Treaty-Prozess, koordinierte monatliche Bündnistreffen, organisierte einen Strategie-Workshop im Rahmen der CorA-Frühjahrstagung und führte Gespräche mit politischen Entscheidungsträger*innen. Im Zentrum stand die kritische Begleitung der zehnten Verhandlungsrunde im Dezember in Genf, bei der trotz erneut fehlendem EU-Verhandlungsmandat wichtige Fortschritte erzielt wurden. Mitglieder der TA-D verlasen drei mündliche Statements: Zu Beginn wurde die EU nachdrücklich zur Teilnahme aufgefordert, wobei ihr Fernbleiben als mangelnder Respekt vor Multilateralismus und dem Engagement des Globalen Südens kritisiert wurde. In den Beiträgen zu Artikel 6 und 8 bemängelte die TA-D zu schwache

Sorgfaltspflichten und Haftungsregelungen im Vertragstext. Die angepasste Methodik der Verhandlungsrunde förderte den Dialog zwischen den Staaten, was von der Zivilgesellschaft positiv aufgenommen wurde. Für 2025 setzt die TA auf die Fortführung dieser Dynamik – und auf ein längst überfälliges EU-Mandat.

Die TA-D aktualisierte im August 2024 den von vielen Organisationen, darunter CorA, mitgezeichneten Flyer **Auf zu einem UN-Treaty!** und verfasste im Juni 2024 eine **Öffentliche Erklärung der Zivilgesellschaft**, sozialer Bewegungen, Gewerkschaften und indigener Völker zur verfahrensbezogenen Entscheidung (engl. „procedural decision“). Darüber hinaus kommentierte sie die Annahme der EU-Lieferkettenrichtlinie mit der **Pressemitteilung**: "Europäische Lieferkettenrichtlinie nimmt letzte Hürde – nun ist die Zeit reif für ein weltweites Abkommen".

5) Branchendialoge und Multistakeholder-Initiativen (MSI)

Auch wenn CorA selbst sich nicht an Multistakeholder-Initiativen und Branchendialogen beteiligt, bietet es eine Plattform für die Vernetzung unter an MSI beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Mitglieder des Branchendialogs Automobil, des Branchendialogs Energiewirtschaft, des Forums Nachhaltiger Kakao, des Textilbündnisses und weiterer MSI tauschen sich regelmäßig über neue Entwicklungen in diesen Dialogen aus und identifizieren gemeinsame Herausforderungen ebenso wie die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Ansätze. Schwerpunkte MSI-übergreifender Fragestellungen waren 2024 u. a. der Umgang mit MSI im Rahmen des LkSG und der Prüfpraxis des BAFA, die Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Beteiligung an MSI und Erfahrungsaustausch zu Projekten für gemeinsame Beschwerdemechanismen. An der AG beteiligte Organisationen gaben gemeinsam eine Publikation zu „Fünf Jahre Branchendialoge“ auf **Deutsch** und **Englisch** heraus und veröffentlichten Übersetzungen der Publikation zum effektiven Einbezug von Rechteinhabenden in MSI auf **Englisch**, **Französisch** und **Spanisch**.

6) Außenwirtschaftsförderung und öffentliche Beschaffung

Die AG Außenwirtschaftsförderung (AWF) setzte sich weiterhin für die Berücksichtigung von menschenrechtlichen und ökologischen Kriterien bei der Vergabe von staatlichen Exportkreditgarantien (Hermesbürgschaften), Investitionsgarantien und Ungebundenen Finanzkreditgarantien für Rohstoffprojekte ein. Dafür führte die AG Gespräche mit dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Mandatar EulerHermes zu einzelnen Fällen wie dem Bauxitabbau in Guinea und einem Wasserkraftwerk in Angola sowie zu grundsätzlichen Fragen. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Frage, wie die Bundesregierung an die Garantien geknüpfte menschenrechtliche und ökologische Auflagen vertraglich so verankern kann, dass sie tatsächlich durchgesetzt werden können. Auch am Expert*innenkreis der Bundesregierung zu Exportkreditgarantien nahm die AG wieder teil.

In der öffentlichen Beschaffung ging die Arbeit zum von der Bundesregierung geplanten Vergabetransformationspaket weiter. Die AG Beschaffung des CorA-Netzwerks kommentierte die

Verschleppung des Stufenplans der Bundesregierung zur nachhaltigen Beschaffung von Textilien mit einem **Positionspapier** und benannte **Risikoprodukte**, die fair beschafft werden müssen. Zudem entstand in der CorA-AG ein **Appell**, mit dem über 70 zivilgesellschaftliche Organisationen, 15 (Ober-)Bürgermeister*innen sowie Unternehmen, Verbände, Zertifizierungsorganisationen und Expert*innen die Bundesregierung aufforderten, gesetzlich verpflichtende Vorgaben für die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltnormen beim Einkauf von Bund, Ländern und Kommunen einzuführen. Zudem nahm CorA an der Verbändeanhörung des Bundeswirtschaftsministeriums zu den Referentenentwürfen für die Vergabetransformation teil und reichte neben einer **Stellungnahme** auch **konkrete Änderungsvorschläge** ein.

7) Bundestagswahlen

Bereits im Sommer 2024 begann CorA, Forderungen zum Thema Unternehmensverantwortung für die nächste Legislaturperiode zusammenzutragen. Das Ampel-Aus im November 2024 führe dazu, dass der Prozess beschleunigt und auf Kernforderungen konzentriert wurde. Ein entsprechendes **Positionspapier** wurde in einer **Langfassung** und einer **Kurzfassung** breit an wichtige Funktionsträger*innen in den Parteien herangetragen.

II. Organisatorisches

Evaluation und Aufnahme der Initiative Lieferkettengesetz

Im Frühjahr 2024 fand eine ausführliche Selbstevaluation über die Struktur und Arbeitsweise des Netzwerks statt. Die Evaluation erfolgte in Form einer Online-Umfrage, zu der alle CorA-Trägerorganisationen sowie Partnerorganisationen, die in den AGs mitarbeiten, eingeladen waren. Die Umfrage ergab eine ganz überwiegende Zustimmung zur Struktur des Netzwerks. Die Ergebnisse wurden beim CorA-Frühjahrstreffen vorgestellt und einzelne Anregungen im Laufe des Jahres vom Koordinationskreis ausgewertet und ggf. umgesetzt.

Beim Frühjahrstreffen 2017 hatte das CorA-Netzwerk beschlossen, eine Kampagne für ein Sorgfaltspflichtengesetz zu initiieren. Daraus entstand die Initiative Lieferkettengesetz, die sich erfolgreich erst für ein deutsches Lieferkettengesetz (LkSG) und dann für die EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) einsetzte. Mit der Verabschiedung der CSDDD endete die Arbeit der Initiative Lieferkettengesetz als eigenständiger Kampagne und das Kampagnenbüro wurde aufgelöst. Da im Frühjahr 2024 aber bereits absehbar war, dass mit starkem Widerstand der Wirtschaftsverbände sowie konservativer und liberaler Parteien gegen eine ambitionierte Umsetzung der CSDDD in deutsches Recht gerechnet werden musste, beschlossen die Trägerkreise der Initiative Lieferkettengesetz und des CorA-Netzwerks, dass die Initiative als Teil von CorA weitergeführt werden sollte. Seit dem 1.7.2024 ist die Initiative Lieferkettengesetz daher beim CorA-Netzwerk angesiedelt, unterhält aber weiterhin ihre eigene Website und Kommunikationskanäle.

Mitglieder und Vernetzung

2024 traten dreizehn neue Organisationen dem Netzwerk bei, die zuvor zum Teil Unterstützer der Initiative Lieferkettengesetz gewesen waren: Amnesty International, BLUE 21, Bündnis gerechter Welthandel München, DUH, Environmental Justice Foundation, Hoffnungszeichen, Human Rights Watch, Infostelle Peru, International Justice Movement Deutschland, Kindernothilfe, Partner Südmexikos, SODI und Unicef. LobbyControl trat zum Jahresende 2024 aus, so dass die Zahl der Trägerorganisationen am Jahresende 65 betrug.

Das CorA-Netzwerk ist nach wie vor Mitglied in der **European Coalition for Corporate Justice (ECCJ)**. Cornelia Heydenreich (Germanwatch) vertrat CorA im ECCJ-Board; Heike Drillisch sowie weitere CorA-Mitglieder vertraten CorA bei der ECCJ-Mitgliederversammlung sowie in der ECCJ-AG zu verbindlicher menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht (mHRDD), wo sie regelmäßig über die Entwicklungen in Deutschland berichteten, Positionen abstimmten und Informationen aus den anderen Ländern ins deutsche Netzwerk zurücktrugen.

Durch Beteiligung der CorA-Koordinatorin am Steuerungskreis der Initiative Lieferkettengesetz war die enge Verzahnung der jeweiligen Aktivitäten gewährleistet. Darüber hinaus erfolgte eine Abstimmung zu Fragen menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten und Unternehmensverantwortung u. a. mit dem DGB, dem Forum Menschenrechte und VENRO, insbesondere für die Positionierung in

der AG Wirtschaft und Menschenrechte des CSR-Forums der Bundesregierung. Auch mit der Initiative Konzernmacht beschränken erfolgte ein Austausch über gemeinsame Ansatzpunkte. In Hinblick auf gemeinsame Erwartungen an das neue gewählte EU-Parlament erfolgte zudem eine gemeinsame Positionierung mit dem Netzwerk gerechter Welthandel und dem AK Rohstoffe.

Interne Organisation und Kommunikation

Der Koordinationskreis führte im Laufe des Jahres 2024 insgesamt zehn Videokonferenzen zur Abstimmung der Aktivitäten durch. Er setzte sich zu Jahresbeginn aus neun Organisationen zusammen: Brot für die Welt, BUND, Christliche Initiative Romero, Dachverband Kritische Aktionär*innen, ECCHR, Germanwatch, Greenpeace, ver.di und WEED. Im März 2024 schied Greenpeace aus, zum CorA-Herbsttreffen auch ECCHR. Stattdessen wurden die Deutsche Umwelthilfe und terre des hommes neu in den KoKreis gewählt, so dass der KoKreis wieder aus neun Organisationen bestand.

Im CorA-Netzwerk bestanden 2024 folgende AGs, die vorher z. T. AGs der Initiative Lieferkettengesetz oder gemeinsame AGs waren:

- AG Politik zur gemeinsamen Strategieentwicklung im Advocacy-Bereich
- „Lieferkettengesetz nutzen“ zur Koordination von Fallarbeit und der Bearbeitung von Querschnittsfragen bei der Begleitung der LkSG-Umsetzungen
- AG Wirtschaft zur Abstimmung von Aktivitäten in Bezug auf Unternehmen
- Sorgfaltspflichten des Finanzsektors
- Mobi-AG zur Planung öffentlicher Aktivitäten
- Treaty Alliance Deutschland
- Multistakeholder-Initiativen / Branchendialoge
- Außenwirtschaftsförderung
- Öffentliche Beschaffung

Die AGs tauschten sich über die Mailinglisten und in – teils sporadischen, teils monatlichen oder vierzehntägigen – Videokonferenzen aus, um ihre Kenntnisse weiterzuentwickeln, gemeinsame Positionen zu bestimmen und ihre Anliegen in abgestimmter Form in die Öffentlichkeit und an Entscheidungsträger*innen heranzutragen.

Darüber hinaus bestanden weitere Mailinglisten zum sporadischen Austausch über einzelne Themen, z. B. Offenlegungspflichten und die Rolle von Standards und Zertifizierungen.

Die Koordinatorin Heike Drillisch arbeitete bis August 2024 weiterhin auf einer halben Stelle, die Anstellung erfolgte durch Südwind. Ab September 2024 betrug der Stellenumfang ca. 72 % und die Anstellung erfolgte durch die Romero-Initiative. Seit September 2024 ist zudem eine Kommunikationsreferentin für die Initiative Lieferkettengesetz und das CorA-Netzwerk mit einem Stellenumfang von ca. 77 % angestellt. Das Anstellungsverhältnis läuft ebenfalls über die Romero-Initiative. Das CorA-Büro befindet sich in den Räumen von Germanwatch, Stresemannstr. 72, 10963 Berlin.

CorA ist unter der Nummer R002745 im Lobbyregister des Bundestags eingetragen.

Finanzen

Die Trägerbeiträge zur Finanzierung des Netzwerks stiegen 2024 erheblich durch den Beitritt neuer Organisationen und dadurch, dass viele Trägerorganisationen ihre Beiträge erhöhten, um eine neue Kommunikationsstelle bei CorA zu schaffen und weiterhin Öffentlichkeitsarbeit im Namen der Initiative Lieferkettengesetz betreiben zu können. Auch Brot für die Welt und Misereor erhöhten ihre Finanzausgaben. Hinzu kam Finanzierung über unseren europäischen Dachverband ECCJ.

Im Berichtszeitraum gab es Einnahmen in Höhe von 129.469,21 EUR und Ausgaben in Höhe von 92.125,75 EUR. Der Überschuss wurde ins Folgejahr übertragen. Eine tabellarische Übersicht der einzelnen Einnahmen und Kostenpunkte ist im Anhang beigefügt. Die Rücklage, die laut KoKreis-Beschluss auf drei Monatsgehälter von Koordinatorin und Kommunikationsstelle anwachsen soll, betrug zum Jahresende 2024 20.500,00 EUR. Die Prüfung des Jahresabschlusses durch die beim CorA-Arbeitstreffen im Herbst 2024 gewählten Kassenprüfer*innen fand am 9.9.2025 statt und ergab keine Beanstandungen.

III. Einzelaufstellung von Aktivitäten

Arbeitstreffen

Die CorA-Arbeitstreffen fanden am 24. und 25.4.2024 bei Germanwatch und am 11.11.2024 bei Brot für die Welt in Berlin mit der Möglichkeit zur Online-Teilnahme statt. Die ausführlichen Protokolle der Treffen wurden an die Teilnehmer*innen und Trägerorganisationen verschickt.

Zudem fand am 4.4.2024 ein Workshop zur LkSG-Umsetzung statt.

Öffentliche Veranstaltungen und Aktionen

Das CorA-Netzwerk beteiligte sich an einer Aktion der Initiative Lieferkettengesetz beim Europa-Parteitag der FDP am 28.1.2024, an einer Aktion und Petitionsübergabe vor der SPD-Zentrale am

20.2.2024 und der Social-Media-Aktion der Initiative Lieferkettengesetz unter dem Motto Gewissenlosigkeit #Made in Germany.

Publikationen / Stellungnahmen / Pressemitteilungen

Positionspapier **Standards und Zertifizierungen: Anforderungen im Rahmen gesetzlicher Sorgfaltspflichten aus zivilgesellschaftlicher Sicht** (25.1.2024)

CorA-Newsletter Februar 2024

Positionspapier von elf Organisationen **Schluss mit Verschleppung: Bund muss Textilien nachhaltig beschaffen!** (15.3.2024)

Mitzeichnung eines **Offenen Briefs an das Bundesjustizministerium zur Standardsetzung bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung** (20.3.2024)

Nachhaltigkeitsberichterstattung: Stellungnahme zum Referentenentwurf zur Umsetzung der CSRD (19.4.2024)

Forderungspapier gemeinsam mit anderen NRO und der AG Beschaffung des CorA-Netzwerks **Risikoprodukte müssen fair beschafft werden!** (14.5.2024)

Pressemitteilung der Initiative Lieferkettengesetz **EU-Lieferkettengesetz nimmt letzte Hürde – Paradigmenwechsel beim Menschenrechts- und Umweltschutz** (24.5.2024)

Deutsches Lieferkettengesetz darf nicht ausgesetzt werden. Stellungnahme des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung und der Initiative Lieferkettengesetz zu Vorstößen zur Aussetzung des LkSG (5.6.2024)

Pressemitteilung der Initiative Lieferkettengesetz **Deutsches Lieferkettengesetz darf nicht eingeschränkt werden** (5.7.2024)

CorA-Newsletter Juli 2024

Positionspapier gemeinsam mit anderen NRO und der AG Finanzsektor des CorA-Netzwerks **Generationenkapital ohne Zukunft? Zivilgesellschaft fordert verbindliche Anlagestrategie im Einklang mit Umwelt und Menschenrechten** (25.9.2024)

Appell **Vergaberechtsreform als Chance: Bürgermeister*innen, Initiativen und Unternehmen fordern gesetzliche Vorgaben für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung** (8.10.2024)

Pressemitteilung Initiative Lieferkettengesetz **Missverständliche Äußerungen zum Lieferkettengesetz von Kanzler Scholz: Initiative Lieferkettengesetz fordert Klarstellung** (22.10.2024)

Stellungnahme und konkrete Änderungsvorschläge zu den Referentenentwürfen für das Vergabetransformationspaket (31.10.2024)

Veröffentlichung des **CSDDD-Umsetzungsleitfadens für Zivilgesellschaft** von ECCJ, an dem CorA-Mitglieder mitgewirkt haben (12.11.2024)

Pressemitteilung Initiative Lieferkettengesetz **Schaulaufen statt wirksamer Politik: Union und FDP schaffen mit Lieferkettengesetz-Anträgen Verunsicherung** (5.12.2024)

Erwartungen des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung an Bundestag und Bundesregierung für die Legislaturperiode 2025-2029, Kurzfassung, Langfassung (17.12.2024)

Darüber hinaus stimmte CorA auch schon im ersten Halbjahr 2024, bevor die Initiative Teil des CorA-Netzwerks wurde, im Steuerungskreis der Initiative Lieferkettengesetz zahlreiche weitere Pressemitteilungen der Initiative mit ab und verbreitete sie mit, z. B. **Deutsche Enthaltung zu EU-Lieferkettengesetz: Armutszeugnis für Demokratie und Menschenrechtsschutz** (6.2.2024), **Entscheidung zum EU-Lieferkettengesetz vertagt – Scholz muss bei Menschenrechten jetzt Farbe bekennen** (9.2.2024), **Wegen Bundesregierung: Rückschlag für europäisches Menschenrechtsvorhaben – Mehrheit der Bevölkerung laut Umfrage für EU-Lieferkettengesetz** (28.2.2024), **Trotz deutscher Enthaltung: EU-Staaten stimmen für stark abgeschwächtes Lieferkettengesetz** (15.3.2024), **Am Rana-Plaza-Jahrestag: EU-Lieferkettengesetz nimmt nächste Hürde** (24.4.2024).

Zudem zeichnete CorA eine ganze Reihe weiterer Statements mit, u. a. zur CSDDD (**Joint Civil Society, Trade Unions Statement reacting to lack of majority in COREPER on CSDDD**, 28.2.2024) und zur EU-Verordnung über mit Zwangsarbeit hergestellten Produkten (**Joint Statement: Call on EU governments to support the EU's Regulation to prohibit forced labour products**, 11.3.2024, und **Joint Statement: Call on the European Parliament to adopt the EU's Regulation to prohibit forced labour products on the EU market**, 18.4.2024)

Die bereits vorhandenen Kanäle der Initiative Lieferkettengesetz (Instagram, Bluesky und X) wurden ab Oktober 2024 wieder regelmäßig bespielt, ein LinkedIn-Kanal wurde neu geschaffen. Durch regelmäßige Post (Kommentierung aktueller Entwicklungen, Hintergrundinformationen, Veranstaltungshinweise) konnten die verschiedenen Zielgruppen der Kanäle wieder erreicht werden, beziehungsweise eine Follower*innenschaft aufgebaut werden.